

Folgen der "Atomerklärung" : ein Austrittsschreiben

Autor(en): **Straumann, Martin / Maissen, Toya / Schiesser, Hans Kaspar**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift**

Band (Jahr): **63 (1984)**

Heft 10

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-340158>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ferngehalten. Ein besonders grosser Teil der Jugend war in dieser Sache aktiv. Der Schreibende erinnert sich, wie nach dem Ersten Weltkrieg geschworen wurde: «Nie wieder Krieg, zerbrechen wir das Gewehr!» Die Jusos sind bis heute dieser menschlichsten aller Forderungen treu geblieben. Sie sind antimilitaristisch, denn «der Militarismus ist nichts anderes als der grösste Ausdruck des Machtcharakters, den der Staat angenommen hat und der ihm übrigens im Blute liegt» (L. Ragaz: Die neue Schweiz. 1917). Folgerichtig geht vor allem aus den Reihen der Jusos die Absicht hervor, eine Initiative zu starten mit dem Titel: «Schweiz ohne Armee.»

Auf Seite 75 des Buches wird von der Beziehung der Jusos zur Gewerkschaftsjugend gesprochen. Umfangmässig, aber auch inhaltlich ist diese Beschreibung eher dürftig ausgefallen. Dabei handelt es sich doch um junge Menschen, die als Handarbeiter – es sei ohne Gehässigkeit gesagt – oft ein schwereres Leben haben als Studierende. Dass das «gewerkschaftliche Friedensabkommen», so lesen wir, den Jungsozialisten nicht passt, ist sehr verständlich. Die heutigen, jungen Gewerkschafter haben es aber nicht geschlossen, sondern ihre Väter. Eine bessere Kontaktnahme ist aber für beide Ju-

gendorganisationen sehr dringlich. Man muss auch einmal über den eignen Schatten springen können!

Die vorliegende Arbeit zeigt auch das Auf und Ab der Jusobewegung. So muss man in den Jahren 1972/73 sogar von einem Wiederaufbau sprechen, auch die Mitgliederzahlen schwanken zwischen 650 und bis gegen 800. Weitere Aktivitäten in der Mitte der siebziger Jahre sind der Kampf für Lehrwerkstätten, Aktionstage gegen die Multis, das heisst die verhängnisvolle Rolle aufzeigen, die unsere Schweizer Multis in der Dritten Welt spielen. Einen breiten Platz nimmt die Stellung der Jusos zu den andern Jugendbewegungen ein. Sie zeigen die Ursachen der «Bewegung» mit der Feststellung auf: «Die gewalttätigen Jugendlichen mussten in einer Welt aufwachsen, in der sie dauernd mit legaler Gewalt konfrontiert wurden.» Offen sind die Jusos auch für neue ökologische Einsichten, und sie beteiligen sich am Kampf gegen Atomkraftwerke. Es ist ein reich dokumentiertes Buch, das vor uns liegt und uns Einblick gibt in eine Zeit, in der wichtige Entscheidungen fällig werden.

Geschichte der Jungsozialisten, 223 Seiten, Fr. 19.–. Verlag für politische Bildung Maur/Zürich 1983. Vertrieb: Juso, Postfach 2194, 3001 Bern.

Folgen der «Atomklärung»

Ein Austrittsschreiben

Den nachstehenden Brief hat der ehemalige Sozialdemokrat Martin Straumann aus Liebefeld an den Präsidenten der SP Köniz-Liebefeld gerichtet. Gleichzeitig gelangte er mit einer Kopie an die Redaktion der «Roten Revue» und der Bitte,

diesen Brief in unserer Zeitschrift abzurufen. Dies wollen wir tun, allerdings muss auf diesen Brief auch geantwortet werden, denn sein Inhalt könnten noch viele andere auch geschrieben haben und viele andere, die gleich empfinden wie

Martin Straumann, schreiben solche Briefe nicht. Warum wohl? Hier muss man nach einer Antwort suchen.

Bern, den 21. August 1983

Lieber Präsident, mir reicht's!

Die 32 sogenannten prominenten Sozialdemokraten haben das Fass zum Überlaufen gebracht. Weil ich schon heute überzeugt bin, dass die Geschäftsleitung gegen den arroganten Pöstchenklebverein der 32 keine Sanktionen ergreifen wird, erkläre ich meinen Austritt aus der SP. Kennen Sie eine andere grosse Partei in der Schweiz, wo die Regierungsvertreter gegen eine Initiative der eigenen Partei öffentlich antreten? Ich nicht. Sicher, auch andere Parteien haben ihre Meinungsdivergenzen, ein gewichtiger Teil des FDP-Vorstandes hat in Sachen 80/100 auf unseren Strassen eine andere Meinung als die Mehrheit, dies hat jedoch nur die Presse herausgefunden. Oder in der SVP: viele Frauen wandten sich auch öffentlich gegen den dem Männer- und Familienwahn verfallene Blocher, der ein Referendumskomitee gegen das neue Eherecht präsidiert. Aber dass 32 Regierungs- und Behördenvertreter öffentlich gegen eine Initiative ihrer Wählerbasis vorgehen, das gibt es nur in der SP. Und da ist man noch erstaunt, dass die Wähler nicht mehr wissen, was die SP für einen politischen Kurs verfolgt.

Als ich vor vier Jahren in die SP eingetreten war, war das für mich eine Partei der Hoffnung, die auch politische Veränderungen durchbringen könnte, sie war insbesondere eine Wahlheimat für Leute aus den sozialen Bewegungen und nicht zuletzt für Intellektuelle wie ich. Als Intellektuellen finde ich mich keinesfalls mehr- oder überwertig, ich glaubte bloss, dass die oft ungeliebten Intellektuellen in der SP eine mehr oder weni-

ger wichtige Ergänzung zur Arbeiterschaft abgeben könnten. Wenn ich heute die SP auch in meiner näheren Umgebung betrachte, so besteht sie aus einem engagierten Kreis von Aktiven, die sich in internen Flügelkämpfen und Kompromissbereitschaft-Zeigen verschleissen und zunehmend in die innere Emigration gehen. Und daneben gibt es noch die Leute, die dem Club der 32 nahestehen und die sich parteintern als ein maroder Haufen von Querulanten darstellen nach dem Motto: Bist du wer, so leg dich quer. In unserer Sektion fängt das an beim Regierungsratsmitglied, das mich nur an Versammlungen grüsst, aber sonst nie, obwohl wir nur 50 Meter auseinanderwohnen, und hört auf kantonaler Ebene auf bei Kollege Bratschi, der nach seinem undurchsichtigen Kandidatenspielchen für den Gemeinderat mit der Unterschrift unter die «Atomklärung» nun wirklich das Tüpfchen auf das I setzt. Es tut mir furchtbar leid, aber ich müsste mich für eine Partei schämen, die dermassen zerstritten und zerschissen immer noch behauptet, sie könne Wahlen gewinnen.

Und dies sind die sieben Züge, mit denen sich die SP schwachmatt gesetzt hat:

1. Zug: Programmwurf mit dem Konzept der Selbstverwaltung. Fast-Bundesrätin Uchtenhagen findet als Präsidentin der Wirtschaftskommission, die zur 80er Krise nur ein dünnes Papierchen zu produzieren vermochte, die Wirtschaft würde durch ein Selbstverwaltungskonzept «atomisiert». Dies obwohl in der BRD auch Grosskonzerne wie Porsche unter dem Selbstverwaltungskonzept mit Erfolg segeln.

2. Zug: Herr Morel arbeitet in der Fraktion eigene Thesen zum Programm aus unter der Flagge «Realpolitik». Dazu nimmt er in den Medien nicht die Bür-

gerlichen auf das Korn, sondern vorwiegend den eigenen Parteipräsidenten. Komischerweise steigt Herr Morel dadurch in der Parteihierarchie und wird plötzlich bekannt.

3. Zug: kantonale Variante. Nach dem Motto: unser Hauptfeind ist die Poch, wird die Bildungsinitiative «Fördern statt auslesen» nur halb unterstützt. Die Partei neutralisiert ihre politische Kraft, indem die Befürworter und Gegner sich die Waage halten.

4. Zug: Das neue Programm wird solange verwässert, bis es ein Steinbruch für alle darstellt. Man kann sich künftig die halben Druckkosten sparen, wenn man der einen Hälfte der SP den ersten Teil und der zweiten Hälfte den zweiten Teil zuschickt. Dann wären erst noch alle für das Programm . . .

5. Zug: Regierungsbeteiligung. Obwohl eine Mehrheit von Parteiaktivisten für einen Auszug aus der Regierung sind, um die Parteipolitik eindeutiger und klarer zu gestalten, mobilisieren die sogenannten «prominenten» SPler den Landsturm.

6. Zug: Nach dem Motto «Unsere Basis ist auch die eure» unterstützt ein grosser Teil der SP die Blut- und Boden-Initiative der NA, damit die Schweizer noch mehr Zweitchalet in den Bergen kaufen können. Was die NA wirklich denkt, hat sie neulich in der Stadt Bern bewiesen. Die Historiker werden sich wahrscheinlich wieder einmal verwundert die Augen reiben, wie es kommen kann, dass eine Arbeiterpartei frontistisches Gedankengut mitunterstützt.

7. Zug: 32 prominente Sozialdemokraten veröffentlichen einen Bekennerbrief für die Atomlobby. Gleichentags veröffentlicht die bürgerliche BZ eine der vehementesten Attacken auf die verfehlte Atompolitik der bernischen BKW. Verkehrte Welt? Nein, verkehrte Sozialdemokratie.

Nach meinem Dafürhalten ist die Partei damit kaputt und erledigt, und ich möchte mich weder für den Partefrieden noch für den Parteiklassenkampf verheizen lassen (vgl. das Trauerspielchen, das die linke Linke in Biel gegeben hat). Auch habe ich zuwenig Ehrgeiz und Zeit, um irgendein SP-Pöstchen ergattern zu wollen, das ich dann bis an das Ende meines Lebens auch behalten will. Und leider sehe ich den politischen Gegner immer noch dort, wo er wirklich sitzt, in den bürgerlichen Parteien, den überparteilichen Aktionskomitees, sprich Hochfinanz, und den sagemwitterten teutonisch beeinflussten rechtsextremen Vereinen wie Pro Libertate und dem Redressement National.

Aus all den Gründen kehre ich der Partei beschämt den Rücken, aber erleichtert, weil ich auf die vielen Fragen meiner politischen Freunde eine klare Antwort geben kann.

Ich wünsche der Partei einen angenehmen Wahlherbst und ein baldiges Erwachen nach dem Wahldebakel in der Stadt Bern und hoffe mit Euch allen, dass die politische Linke in irgendeiner Form überleben wird, auch wenn sie in ihrer Abkürzung mehr als zwei Buchstaben brauchen sollte. Letzteres meine ich übrigens durchaus im Ernst; wohin das führt, wenn die politische Linke ganz von der Bildfläche verschwindet, sehen wir heute in den USA, wo die Wähler die Wahl zwischen einem telegenen Teufel und einem leicht bescheuerten Belzebub haben. Dies möchte ich für unser Land auf keinen Fall, deshalb engagiere ich mich weiterhin, wenn auch ausserhalb der SP, für politische Ziele wie – eine bürgernahe Quartierpolitik; – Kooperation mit den sozialen Bewegungen zur Erhöhung und Verbesserung der Lebensqualität;

- für die Verwirklichung eines Basisgesundheitsdienstes;
- für eine Bildungspolitik, die mehr als Strukturreformen wälzt und die Betroffenen vergisst;
- für eine aktive Friedenspolitik;
- für einen griffigeren Arbeitnehmerschutz (Arbeitsmedizin statt Spitalpaläste).

Wie im afrikanischen Palaver wird in der SP über all diese Ziele diskutiert, fortdauernd kontrovers und indem die eine Seite die andere über das Ohr haut, woran wiederum der einfältigere Teil der bürgerlichen Presse Freude hat. Können Sie mir sagen, zu welchem der genannten Punkte die SP in den letzten 5 Jahren einen politischen Erfolg verbucht hat? Oder was es für einen Sinn macht, wenn liebe Parteiaktivisten Initiativen lancieren und samstags vor dem Coop Unterschriften sammeln für etwas, was unsere Behördevertreter gar nicht wollen? So war es doch schon bei der Bankeninitiative, und so wird es bei den Atominitiativen auch sein. Wer kann es mir verargen, wenn ich keine Hoffnung und kein Zutrauen mehr in eine solche Partei haben kann?

Mit sozialistischen Grüßen
Martin Straumann
Ex-SP Köniz-Liebefeld

Zwei Antworten

Lieber Ex-Genosse Straumann, Die 32 sogenannten prominenten Sozialdemokraten (wer hat eigentlich gesagt, dass sie prominent sind?) haben Sie also vertrieben, waren der letzte Tropfen, der Ihr Fass zum Überlaufen gebracht hat. Ich bedaure das. Ich finde es schade um jeden, der davonläuft. Ich verstehe Ihre Wut sehr gut. Aber Ihr Parteiaustritt finde ich ziemlich daneben und ziemlich wehleidig.

Interessant ist, dass Sie erwarten, dass die Zeitschrift einer Partei, die Sie gerade verlassen haben, Ihren Abschiedsbrief abdruckt (was sie auch tut).

Ich frage mich auch, was Sie sich vorgestellt haben, als Sie vor vier Jahren in die SP eingetreten sind. Haben Sie wirklich gedacht, dass es sich hier um eine 50 000köpfige Familie handelt, die Ihrer Meinung ist, die einzig ist in allem und in der sich alle gleichen wie ein Ei dem anderen? Haben Sie erwartet, dass hier «unité de doctrine» herrscht? Und wie gut kennen Sie eigentlich das Land, in dem diese Partei seit bald einem Jahrhundert Politik macht? Haben Sie das Gefühl, ein Basler denke gleich wie ein Thurgauer, ein Glarner so wie ein Genfer?

Sie hauen zu Recht die Unterszeichner der «Atomerkklärung» in die Pfanne. Dass sich unter ihnen vor allem Mitglieder des oberen rechten Flügels befinden, scheint mir ziemlich logisch. Aber es sind bei weitem nicht alle. Eine riesige Mehrheit jener Mandatäre, die von den Initianten des Briefes angefragt worden sind, hat sich geweigert, mitzumachen. Aus den gleichen Gründen, die Sie so wütend gemacht haben. Ich finde Ihre Verallgemeinerungen ziemlich ungerecht. Sie sind enttäuscht über den Verlauf der Programmdiskussion und über das, was schliesslich herausgekommen ist. Haben Sie, ein Intellektueller, wie Sie sich selber bezeichnen, erwartet, man könne für diese Partei ein Programm machen, das zwar hundert oder zweihundert Mitgliedern einigermassen in den Kram passt und der Rest würde sich nicht dafür interessieren? Wo leben Sie eigentlich? Sie regen sich auf über den «Landsturm», der am Sonderparteitag in Bern über die Bundesratsbeteiligung aufgefahren ist.

Muss sich da nicht die andere Seite an der Nase nehmen, die nicht in der Lage war, entsprechend zu mobilisieren? Übrigens, ein «linker» Mandatsträger bietet auch keinerlei Garantie dafür, dass dann alles rund läuft. Muss ich Sie an den berühmten Zürcher Stadtrat Jürg Kaufmann erinnern, einen waschechten 68er, der auf den Tramschienen herumsass und jetzt nicht nur seine Unterschrift unter das Pro-AKW-Papier gesetzt hat, sondern diese Politik auch noch im Fernsehen vertreten hat? Es ist doch ziemlich blauäugig zu meinen, dass, wer ein Linker ist, automatisch ein besserer Mensch sein muss. Es gibt doch auf allen Flügeln solche und andere. So ist auch die Parole zur NA-Initiative mit Hilfe von Parteilinken im Parteivorstand durchgedrückt worden. Sie mockieren sich über das «Trauerspielchen», das die «linke Linke» in Biel gegeben hat. Da Sie sich offenbar auch für einen Linken halten (einen Linken oder einen linken Linken kann ich nicht abschätzen), muss ich Sie fragen, welches denn Ihr Beitrag in Biel war? Schliesslich hoffen Sie mit uns allen, dass «die politische Linke» (welche ist das nun wieder?) in der Schweiz überlebt. Das heisst nichts anderes, als dass Sie jenen, die noch nicht aufgegeben haben, die harte Knochenarbeit und die bitteren Enttäuschungen wünschen, die Sie selber nicht machen wollen. Als freischwebender Linker muss man das ja auch nicht.

Mit freundlichen Grüßen
Toya Maissen

Lieber Genosse, wir bekommen auf dem Zentralsekretariat nicht allzuvielen Briefe, wo grundsätzlich zu unserer Politik Stellung genommen wird. Vielleicht wären mehr nötig, um uns genau zu zeigen, wo die einzelnen Genos-

sinnen der manchmal zu kleine Schuh unserer Bewegung drückt.

Viele Deiner Bemerkungen zu unserer Politik waren gut beobachtet und gescheit, dazu originell geschrieben, aber – verzeih mir das – halt doch einen halben Meter zu kurz gedacht.

– Die Erklärung der 32 darf nicht zum Hauptinhalt unserer Politik hoch-gelitten werden. Diejenigen, die sie unterschrieben haben, müssen mit ihrem sozialistischen Gewissen abmachen, was es wert war, die Millionen-Desinformation der Atomlobby gegen die eigenen Genossen zu unterstützen. Aber selbst in der Marketingstrategie der NOK, BKW und Co. war die Erklärung nicht mehr als eine nette Randercheinung zugunsten derjenigen, die mit dem Atomstrom auf Kosten von uns Verbrauchern und auf Kosten unserer Enkel ihr Geschäft machen wollen. Aber was wiegt denn diese dumme Unanständigkeit der 32 gegen das, was diese Partei gegen die Atomlobby schon seit Jahren unternimmt? Schon zu Zeiten notabene, als die Basisbewegungen noch fern, schüchtern und froh waren, dass es halbwegs etablierte SPler gab, die das damals noch Unmöglich scheinende wagten.

– Die 32 haben sich im übrigen in ihrer Mehrheit nicht um jene Probleme gekümmert, die Dich bewegen: Quartierpolitik, Basisgesundheitsdienst, aktive Friedenspolitik. Warum also regen sie Dich so auf: von den meisten unter ihnen ist nicht einmal Widerstand zu einer aktiven Politik von unten zu erwarten, weil viele aufgehört haben zu glauben, dass es das gibt. Warum gibst Du ihnen noch recht indem Du auch aufhörst?

– Die SP schliesslich hat seit 1888 einige Erfolge aufzuweisen. Aber viele haben lange auf sich warten lassen. Jene in der

Partei, die die Erfolge mit kleinen Schritten wollen, haben den Leistungsdruck, den Du auf die Partei ansetzt, eher erfüllt als diejenigen, die nach kurzer Euphorie die Partei wieder verlassen haben. Was also willst Du: Erfolge oder doch auch ein wenig Selbstmitleid?

Der Kampf gegen die Bürgerlichen erfordert manchmal eine dicke Haut. Ich habe viele im Zusammenhang mit der Bankeninitiative bewusst lügen gehört. Und viele logen bewusst im Zusammenhang mit den beiden Initiativen vom 23. September. Ich habe mich daran gewöhnt, auch wenn ich mich immer noch ärgere. Aber warum soll ich mich mehr ärgern, wenn 32 Genossinnen ihre gute sozialdemokratische Kinderstube vergessen?

Ich wünsche mir, dass Dein Schwung, Dein Witz und Deine Ideen unserer Bewegung erhalten blieben. Aber linke Politik kann sicher kein Konsum-Shopy-Land für den Schnell-einkauf mit dem akademisch getunten Familienkombi sein. Ich wünsche Dir deshalb auch einen langen Atem, einen längeren als bis anhin. Du wirst ihn nicht nur in der politischen Arbeit brauchen können.

Hans Kaspar Schiesser
Zentralsekretär SPS

Leserecho

Helvetische Realität, «Rote Revue» 7/8

Urs Engler schreibt in Nr. 7/8 der «Roten Revue» mancher sei Parteimitglied aus «schlichter Freude am politischen Betrieb», um an «irgendeinem rechten oder linken Zipfel der Macht mitzuhalten». Glücklicherweise gebe es «neben weiteren Moti-

ven auch das Streben nach Veränderungen für eine bessere Gesellschaft». Wichtig vor allem aber sei es, «viele Menschen durch eine glaubwürdige Politik zu überzeugen», denn «zurzeit stehen wir noch mitten im Prozess grundlegender Akzentverschiebungen». Einerseits Anhänger der klassischen Fortschrittspolitik, andererseits eine eher sozialökologische Richtung. Neuen politischen Bewegungen müsse man mit Offenheit und Toleranz begegnen.

In der gleichen Nummer schreibt Horst Hartmann, das enttäuschende Abschneiden der SPD anlässlich der Wahlen ins Europäische Parlament sei verständlich, weil sie «keine substantiell andere Politik anzubieten hätte als die Regierungsparteien». Diese Hinweise sind ebenso zutreffend wie wichtig. Wir müssen immer wieder erfahren, wie sich Rechts- und Linksparteien in manchen Ländern periodisch ablösen, weil weder die eine noch die andere der Arbeitslosigkeit Meister wird noch die Inflation – diesen grössten Betrug am Sparer – überwinden kann. Da die Anhänger bürgerlicher Regierungen meist Nutzniesser der Arbeitslosigkeit (gedrückte Löhne!) und der Inflation (Aufwertung der Sachgüter!) sind, ist verständlich, dass sie nicht gross an der Überwindung dieser Grundübel unserer Wirtschaftsordnung interessiert sind. Für die Sozialdemokraten aller Länder aber müssen 19 Millionen Arbeitslose allein in Westeuropa doch eine Herausforderung sein, um nach Wegen zu suchen, diese Schande unserer Generation zum Verschwinden zu bringen. Dies ist eine zwingende gesellschaftspolitische Notwendigkeit. An Arbeitsmöglichkeiten fehlt es wirklich nicht angesichts des Mangels in den Entwicklungsländern mit dem riesigen Bedarf an Gütern aller Art.